

Blätter für deutsche und internationale Politik

Das Rammstein- Syndrom

Sonja Eismann

Revisionismus als Versuchung Norbert Frei

Der ewige Berlusconi
Ida Dominijanni

Russlands neue Zeit der Wirren
Wladislaw Subok

USA: Mit Sozialpolitik gegen China
Grey Anderson

Iran: Abschied von der Religion
Katajun Amirpur

Kita – Krise – Kollaps?
Meyer-Lantzberg, Kerber-Clasen, Kutlu

Untergang oder Utopie:
Der Klimawandel in der Literatur
Steffen Vogel



Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift

68. Jahrgang

Heft 8/2023

Herausgeberkreis

Katajun Amirpur · Seyla Benhabib

Peter Bofinger · Ulrich Brand

Micha Brumlik · Dan Diner

Jürgen Habermas · Detlef Hensche

Rudolf Hickel · Claus Leggewie

Ingeborg Maus · Klaus Naumann

Jens Reich · Rainer Rilling

Irene Runge · Saskia Sassen

Karen Schönwälder · Friedrich Schorlemmer

Hans-Jürgen Urban · Rosemarie Will

Begründet von

Hermann Etzel · Paul Neuhöffer

und Karl Graf von Westphalen

Weitergeführt von

Karl D. Bredthauer

Verlag

Blätter Verlagsgesellschaft mbH

Berlin

INHALT

8'23

REDAKTION

Anne Britt Arps
Albrecht von Lucke
Annett Mängel
Ferdinand Muggenthaler
Steffen Vogel

ONLINE-REDAKTION

Tessa Penzel

BESTELLSERVICE

Tel: 030/3088-3644
E-Mail: abo@blaetter.de

WEBSITE

www.blaetter.de

KOMMENTARE

- 5 **Gemeinsam nach unten:
Das Elend der Ampel**
Albrecht von Lucke

- 9 **AfD oder: Der Kampf um die
ostdeutsche Zivilgesellschaft**
David Begrich

- 13 **Heizungsdebakel: Die
Kommunen müssen es richten**
Bernward Janzing

- 17 **Spanien auf dem rechten Weg**
Julia Macher

- 21 **Geisterschiff Großbritannien:
Verdrängen ohne Ende**
Annette Dittert

- 25 **Kosovo, Serbien und das
Appeasement des Westens**
Vedran Džihic

- 29 **BRICS: Angriff auf den Dollar**
Janine Walter

- 33 **Ecuador: Vom »Guten Leben«
zur Unregierbarkeit**
Frank Braßel

- 37 **Simbabwe: Gewalt gegen
Frauen als Machttechnik**
Rita Schäfer

DEBATTE

- 41 **Aus den Augen, aus dem Sinn:
Flüchtlingsabwehr in der EU**
Marcus Engler

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

- 47 Das Rammstein-Syndrom**
Junge Frauenkörper als Wegwerfware
Sonja Eismann
- 55 Maskierte Ohnmacht: Berlusconi als Ikone des Populismus**
Ida Dominijanni
- 62 Revisionismus als Versuchung**
Die deutschen Deutungseliten und die NS-Vergangenheit
Norbert Frei
- 77 Russlands neue Zeit der Wirren**
Prigoschins Putschversuch und Putins Schwäche
Wladislaw Subok
- 83 Im Alarmzustand: Nordosteuropa und der Ukrainekrieg**
Jens Becker
- 89 Bidenomics: Mit Sozialpolitik gegen China**
Grey Anderson
- 97 Ein Land als Gefängnis**
Zwei Jahre Taliban-Herrschaft in Afghanistan
Arezao Naiby
- 103 Iran und die Religion: 70 Jahre Putsch gegen Mossadegh**
Katajun Amirpur
- 111 Kita – Krise – Kollaps?**
Meyer-Lantzberg, Kerber-Clasen, Kutlu
- 117 Untergang oder Utopie: Der Klimawandel in der Literatur**
Steffen Vogel

AUFGESPIESST

- 54 Der neue Berliner Autowahn**
Annett Mängel

BUCH DES MONATS

- 125 Nach Trans: Sex, Gender und die Linke**
Elizabeth Duval

EXTRAS

- 45 Kurzgefasst**
82 Dokumente
128 Zurückgeblättert, Impressum, Autoren und Autorinnen

Revisionismus als Versuchung

Die deutschen Deutungseliten und die NS-Vergangenheit

Von **Norbert Frei**

Die Carl Friedrich von Siemens Stiftung war in den vergangenen Monaten wiederholt Gegenstand kritischer Berichterstattung in den deutschen Feuilletons. Mindestens zu Teilen hing das mit jenem Thema zusammen, von dem heute Abend ausführlich die Rede sein soll: nämlich mit dem Umgang der deutschen Deutungseliten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Ich werde auf diesen Zusammenhang im Laufe des Vortrags zurückkommen, will aber schon hier sagen: Dazu gehört natürlich auch, dass die Stiftung bereits vor Jahrzehnten Anlass gehabt hätte, sich von ihrem langjährigen Geschäftsführer Armin Mohler zu distanzieren, zum Beispiel 1995, als er sich in einem Interview mit der *Leipziger Volkszeitung* ausdrücklich zwar nicht als Nationalsozialist, aber zum Faschismus bekannte. Dass diese Distanzierung nicht geschah, liegt als Schatten auch über der Amtsführung seines damaligen Wunschnachfolgers Heinrich Meier.

Aber lassen Sie mich zunächst die Umstände offenlegen, unter denen der heutige Abend zustande gekommen ist. Ende April letzten Jahres erreichte mich eine Nachricht von Marcel Lepper, der sich als neuer Geschäftsführer dieses Hauses vorstellte und mir dann in einem Telefonat sein Vorhaben skizzierte, dessen Geschichte in der Ära seines Vor-Vorgängers Mohler aufzuarbeiten. Dazu, so erklärte er mir, wolle er die Akten der Stiftung digital aufbereiten lassen und zu gegebener Zeit den Rat externer Fachleute einholen. Als jemand, der dieses Haus seit Mohlers Zeiten skeptisch im Blick behalten hatte, schien mir das ein überaus sinnvolles, für eine neue Geschäftsführung geradezu zwingendes Vorhaben zu sein, und so sagte ich die erbetene Unterstützung prinzipiell zu. Kurz darauf kam die Einladung zum heutigen Vortrag, dessen Termin und Thematik also seit über einem Jahr feststehen.

Mitte Februar bat mich eine Mitarbeiterin der Stiftung um den genauen Titel meines geplanten Vortrags und um ein paar erläuternde Zeilen dazu, und ich bat meinerseits um die in der Stiftung womöglich vorhandenen Unterlagen zu einem Vortrag, den ich im Frühjahr 1980 hier gehört hatte. Der Redner vor 43 Jahren war niemand anderer als Ernst Nolte; ihn, ebenso wie Mohler, hatte ich im Sinn, als ich in meinem kleinen Erläuterungstext, der

* Bei dem Beitrag handelt es sich um die ungekürzte Wiedergabe eines Vortrags in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung in München am 22. Juni 2023.

Ihnen als Einladung zugegangen ist, vom „Genius Loci“ sprach – aber auch dazu später mehr.

Am 22. Februar, exakt zwei Tage, nachdem mir Herr Lepper die erbetenen Unterlagen zu Noltes Vortrag hatte schicken lassen, erhielt ich seine Nachricht, man habe ihn „gestern in einer nebulösen Aktion aus dem Amt befördert“. Leppers schon nicht mehr aus der Stiftung, sondern über seinen Leipziger Universitätsaccount versandte Nachricht bestand ansonsten nur aus dem knappen Hinweis: „Mir haben schon viele Fachkollegen vorher gesagt: Wer weiß, wie lange man die historische Aufarbeitung gewähren lässt.“ Alles Weitere habe ich, wie vermutlich viele hier im Publikum, in den Wochen danach der Presseberichterstattung bzw. der Stellungnahme auf der Homepage der Stiftung entnommen. Ich muss sagen, dass mich diese widerstreitenden Informationen bis heute ratlos machen. Und ich glaube, so geht es den meisten Außenstehenden.

Lassen Sie mich ganz offen hinzufügen, dass ich deshalb zwischenzeitlich überlegt habe, ob es richtig und sinnvoll ist, den doch unter ganz anderen Umständen verabredeten Vortrag zu halten. Nachdem aber von Seiten der Stiftung keine Signale kamen – man hätte mich unter Hinweis auf veränderte Planungen und Intentionen ja auch wieder ausladen können –, spreche ich im Folgenden über das, worüber zu sprechen ich mir vor mehr als einem Jahr vorgenommen hatte. Und ich danke dafür, dies an einem symbolträchtigen Ort zu einem symbolträchtigen Datum tun zu können: am 82. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, mit dem der von Hitler begonnene Krieg in Europa in ein neues Stadium eintrat und das Zentralverbrechen der NS-Zeit, der systematische Mord an den europäischen Juden, seinen Lauf nahm.

Die »Bewältigung« der NS-Vergangenheit als kommunikativer Prozess

Der Begriff der Deutungseliten im Titel meines Vortrags bedarf wohl der Erläuterung. Ich habe ihn in Anknüpfung an Axel Schildt gewählt, unseren zu früh verstorbenen Historikerkollegen, dessen Opus Magnum die „Medien-Intellektuellen“ der alten Bundesrepublik in den Blick nahm. Mit diesem Bindestrich-Begriff suchte Schildt „die unauflösliche Verbindung von Medien und Öffentlichkeit auf der einen und der in ihnen und durch sie agierenden Intellektuellen auf der anderen Seite“ zu fassen.¹ Schildts Medien-Intellektuelle sind natürlich von besonderem Interesse, wenn es darum geht, den Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu analysieren und zu beschreiben. Armin Mohler spielt in Schildts umfangreicher Darstellung übrigens keine kleine Rolle.

Aber zu den Akteuren dieses Prozesses der diskursiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gehörten von Anfang an nicht nur Journalisten, Publizisten und Schriftsteller, sondern auch Politikerinnen und Politiker,

1 Axel Schildt, Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, Göttingen 2020, S. 10.

Juristen, Historiker und viele andere, die als Fürsprecher und Lobbyisten unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen und Gruppierungen Stellung bezogen, Meinungen vertraten und Positionen durchzusetzen versuchten. Um dieses *weitere* Feld öffentliches Gehör findender Akteure ist es mir zu tun, nicht allein um die Medien-Intellektuellen; daher der breitere Begriff der Deutungseliten.

Gleichwohl geht es im Folgenden in erster Linie um den *kommunikativen Prozess*, weniger um die konkrete Politik zur – wie es bald hieß – „Bewältigung“ dieser Vergangenheit. Das ist natürlich nicht haarscharf voneinander zu trennen. Aber mein Fokus liegt nicht auf jenem Ensemble politischer Entscheidungen, gesetzgeberischer Maßnahmen und juristischer Urteile, für das sich der Begriff *Vergangenheitspolitik* eingebürgert hat. Im Zentrum dessen, was mich hier interessiert, steht, wie gesagt, der von den westdeutschen Deutungseliten geprägte, mehr oder weniger intellektuelle *Diskurs* über die Vergangenheit.

Natürlich wäre es vermessen, diesen mittlerweile fast acht Jahrzehnte umspannenden Diskurs in einer Stunde umfassend darstellen zu wollen. Wenn ich einigermaßen bis in die Gegenwart kommen will, muss ich mich auf Schlaglichter und einzelne Stationen von zäsurhafter Bedeutung beschränken. Die erste betrifft den Übergang von den Jahren der unmittelbaren Besatzungsherrschaft in die frühe Bundesrepublik.

Dabei interessiert jetzt weniger die Praxis der politischen Säuberung nach dem Ende des sogenannten „Dritten Reiches“ – also die Politik der Internierung von NS-Funktionären, der Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, der Entnazifizierung und der strafrechtlichen Ahndung von NS- und Kriegsverbrechen in Nürnberg und in vielen weiteren Militärgerichtsverfahren der Alliierten. All das ist recht gut erforscht, und zum Thema Entnazifizierung gibt es inzwischen sogar interessante neue Arbeiten. Diese lesen die Akten aus den Entnazifizierungsverfahren einschließlich der dabei entstandenen sogenannten Persilscheine noch einmal neu, nämlich als sozialpsychologisch aufschlussreiche Egodokumente. Und sie lassen damit die seit langem unproduktiv gewordene, letztlich in der Betroffenenperspektive verharrende Frage hinter sich, ob die Entnazifizierung nun gescheitert sei oder nicht.

Nach 1945: Die Kollektivschuldthese und ihre Instrumentalisierung

Wichtig festzuhalten ist allerdings: Der zeitgenössische Diskurs über die Entnazifizierung ging von deren Scheitern geradezu aus. Und er artikulierte sich sehr früh – ich spreche jetzt von den Jahren 1946, 47 und 48, also von der Zeit vor Gründung der Bundesrepublik – als höhnische Kritik an den Siegermächten und als sarkastische Abrechnung mit ihren Intentionen. Die Delegitimierung der intendierten politischen Säuberung schritt dadurch rasch voran, und dabei half, was ich einmal die „Erfindung“ der Kollektivschuldthese genannt habe: die Behauptung nämlich, die Politik der Alliierten sei von der Annahme einer kollektiven Schuld aller Deutschen ausgegangen.

Ihre vermeintliche Berechtigung fand diese Behauptung in ein paar frühen, improvisierten Plakaten mit Fotos von den Leichenbergen in den befreiten Konzentrationslagern, die im Sommer 1945 vor allem in der amerikanischen Zone zu sehen waren. „Diese Schandtaten: Eure Schuld!“, hieß es dort. Ansonsten aber war die Behauptung ohne Substanz; in keinem einzigen offiziellen Dokument der Alliierten findet sich das Postulat einer deutschen Kollektivschuld. Doch das tat der Wirkung und Verbreitung der Kollektivschuldthese keinen Abbruch. Wichtige Teile der sich rekonsolidierenden deutschen Deutungseliten, zunächst vor allem etliche prominente Kirchenführer, entwickelten daraus eine ebenso willkommene wie wirksame Waffe. Denn mit dem Argument, die Annahme einer Kollektivschuld widerspreche jeder zivilisierten Rechtsordnung und sei reines Barbarentum, ließ sich so ziemlich *jede* Frage nach Schuld und Verantwortung zurückweisen. Und genau darum ging es. Es ging um pauschale Schuldabwehr – wohl vielfach aus dem diffusen Gefühl heraus, auf die eine oder andere Weise *eben doch* schuldig oder mitschuldig geworden zu sein.

Einer, der diese Gemengelage sehr früh und sehr klar erkannte, war Eugen Kogon, der in München geborene katholische Intellektuelle mit russisch-jüdischen Wurzeln, der 1938 in Wien in die Fänge der Gestapo geraten war. Der vormalige Buchenwald-Häftling hatte noch in Weimar auf Bitte der amerikanischen Psychological Warfare Division zusammen mit Kameraden einen Bericht verfasst, der dann auch die Grundlage wurde für seine berühmte Darstellung über den „SS-Staat“, Untertitel: „Das System der deutschen Konzentrationslager“.

Kogon, der gemeinsam mit Walter Dirks bald die einflussreichen *Frankfurter Hefte* herausgeben sollte, hatte erkannt, dass die pauschale Schuldabwehr sozialpsychisch fest verbunden war mit einer ebenso energischen, bereits im Moment der Niederlage einsetzenden Pauschal дистанzierung der Deutschen von dem verflossenen Regime – insgesamt ein Syndrom, das die vorrückenden Besatzer ziemlich verwundert konstatierten: „Niemand will Nazi gewesen sein.“ Vor diesem Hintergrund sparte Kogon im Schlusskapitel seines Buches zunächst nicht mit Kritik an den Besatzungsmächten. Deren „Schock'-Politik“ im Namen der „Umerziehung“, gerade auch die Konfrontation der Deutschen mit den „massierten Haufen nackter Leichen“, habe kontraproduktiv gewirkt und als „These von der deutschen Kollektivschuld“ Abwehrreaktionen erzeugt.

Außerdem, so Kogon, hätten die Alliierten zu wenig in Rechnung gestellt, dass Geheimhaltung zu Wesen und Wirkungsmacht des SS-Terrors gehörte: Dann aber die entscheidende Volte: „Und dennoch! Kein Deutscher, der nicht gewußt hätte, daß es Konzentrationslager gab. Kein Deutscher, der sie für Sanatorien gehalten hätte. Wenig Deutsche, die nicht einen Verwandten oder Bekannten im KL gehabt oder zumindest gewußt hätten, daß der und jener in einem Lager war. Alle Deutschen, die Zeugen der vielfältigen antisemitischen Barbarei geworden, Millionen, die vor brennenden Synagogen und in den Straßenkot gedemütigten jüdischen Männern und Frauen gleichgültig, neugierig, empört oder schadenfroh gestanden haben.“ Kogons erfahrungs-

satte Argumentationskette, die auch die für viele lukrativen Geschäftsbeziehungen zwischen Stadt und Lager nicht vergaß, in seinem Fall zwischen Weimar und Buchenwald, mündete in die rhetorische Frage: „Ist eine einzige dieser Feststellungen falsch?“²

Im Osten wie im Westen: Schuldabwehr als erste Distanzierung vom NS

Wenn nüchterne Gegner des verflorenen Regimes kaum ein Jahr nach ihrer Befreiung glaubten, sich eines solchen Modus der Beweisführung bedienen zu müssen, dann erlaubt das Rückschlüsse auf die Dimensionen der Schuldabwehr, in der sich die post-nationalsozialistische Volksgemeinschaft unterdessen eingerichtet hatte. Man musste kein Psychologe sein, um zu ahnen, dass hinter dieser Abwehr und Blockade ein uneingestandenes Schuldbewusstsein lag. Der irisch-britische Schriftsteller James Stern, der im Sommer 1945 im Auftrag des United States Strategic Bombing Survey zahlreiche Interviews mit deutschen Zivilisten geführt hatte, brachte dies schon kurz nach seiner Rückkehr aus Europa auf den Punkt: „Die Deutschen haben ein so ungeheures Schuldgefühl, daß sie sich diesem einfach nicht stellen, geschweige denn es ausdrücken können.“³

Für Menschen wie Kogon, wie für alle eben noch Verfolgten und standhaft gebliebenen Anti-Nazis, die einen demokratischen Neuanfang erstrebten, lag in einer solchen Diagnose kaum Trost. Und doch enthielt die Diagnose einen Keim der Hoffnung, der ein paar Jahre später sichtbar zu werden begann. Denn mit Gründung der beiden deutschen Staaten war gewissermaßen Staatsraison geworden, was die Deutschen seit ihren ersten Begegnungen mit den Besatzern eingeübt hatten: die mehr oder weniger pauschale Distanzierung vom Nationalsozialismus.

Das galt im Osten wie im Westen, wenngleich auf unterschiedliche Weise: Dass niemand Nazi gewesen sein wollte, wurde in der Bundesrepublik zum Ausgangspunkt einer anfangs zaghaften, bald aber in hinreichende Abstraktheit gekleideten Erörterung der „jüngsten Vergangenheit“. Diese früh gefundene Sprechweise lud alle Schuld bei „Hitler, Himmler und Heydrich“ ab und bei ein paar sogenannten „asozialen Elementen“ der SS – und sie setzte ansonsten auf Integration durch Diskretion: Sie setzte auf das „kommunikative Beschweigen“ der je eigenen Vergangenheit, das der Sozialphilosoph Hermann Lübbe drei Jahrzehnte später als alternativlos rechtfertigen sollte – gegen die daran inzwischen vorwaltende Kritik.

Im Osten wurde die apologetische Distanzierung der Deutschen zum Einsatzpunkt eines Antifaschismus, der sich rhetorisch auf Dauer radikal gab, der aber ebenfalls schon bald recht anspruchslos gegenüber jenen operierte, die beim Aufbau des Sozialismus mitzumachen willens waren. Während

2 Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München 1946, Neuausgabe München 1974, S. 290, 394 f.

3 James Stern, *Die unsichtbaren Trümmer. Eine Reise im besetzten Deutschland 1945*, Frankfurt a.M., 2004, S. 106.

der Antifaschismus der DDR deshalb nach innen zusehends in ideologischer Formelhaftigkeit erstarrte, richtete er sich in seinem agitatorischen Potential höchst einfallsreich nach außen. So ging es etwa gegen „Hitlers Blutrichter in Adenauers Diensten“, gegen das „klerikalfaschistische Adenauer-Regime“ und schließlich ein ganzes „Braunbuch“ lang gegen weite Teile der westdeutschen Funktionseleiten, meist detailliert belegt mit den Mitgliedsnummern der NSDAP. Mit diesen Attacken trug die Ost-Berliner Propaganda, natürlich ungewollt, dazu bei, dass der kritische Diskurs über die Vergangenheit im Westen auf mittlere Sicht an Dynamik gewann. Lassen Sie mich deshalb, und auch weil diese Entwicklung historiographisch sehr viel ergiebiger ist als der versteinerte Antifaschismus im Osten, bei den westdeutschen Deutungseliten bleiben und einen ersten Blick auf die politische Spitze der jungen Bundesrepublik werfen.

»Das Schlimmste, was der Hitler uns antat«: Die Deutschen als erste Opfer

Begreift man Konrad Adenauer als obersten Manager der zu Anfang der 50er Jahre vorherrschenden vergangenheitspolitischen Erwartungen, dann war Theodor Heuss ihr Interpret. Wo es dem Kanzler vor allem darum gehen musste, die Rehabilitierungsverlangen der mittlerweile sogenannten „Ehemaligen“ realpolitisch zu steuern, oblag es dem Bundespräsidenten, eine sowohl nach außen wie nach innen akzeptable Deutung der Vergangenheit anzubieten. Dabei kam auch Heuss nicht völlig umhin, das populäre Selbstbild zu bedienen, wonach die Deutschen selbst im Grunde die ersten Opfer Hitlers gewesen seien. Die deutschen Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung zu betrauern, ohne einer Konkurrenz mit den *Opfern der Deutschen* das Wort zu reden, das war ein Balanceakt, dem sich das Staatsoberhaupt von Anfang an stellen musste. Dass Heuss dies aufs Ganze gesehen gelang, verdankte sich nicht zuletzt seinen schöpferischen Formulierungskünsten: An die Stelle des Begriffs der Kollektivschuld, den er zurückwies, setzte er die „Kollektivscham“. So heißt es in seiner berühmten Wiesbadener Rede vom Dezember 1949, in der er Empathie mit den jüdischen Überlebenden und den Gegnern des NS-Regimes verlangte: „Das Wort Kollektivschuld und was dahintersteht, ist eine zu simple Vereinfachung, eine Umdrehung, nämlich der Art, wie die Nazis gewohnt waren, die Juden anzusehen: dass die Tatsache, Jude zu sein, ein Schuldphänomen in sich geschlossen hat. Aber etwas wie Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben. Das Schlimmste, was der Hitler uns antat – und er hat uns viel angetan –, ist doch dies gewesen, dass er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen den Namen Deutsche zu tragen.“

Unüberhörbar ist in diesen Worten, ganz abgesehen von dem seltsamen Vergleich mit dem Blick der Nazis auf die Juden, die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der post-nationalsozialistischen Volksgemeinschaft und die von ihr herbeiphantasierte Kollektivschuldhese. Aber zugleich eröffnete der Bundespräsident mit dieser Rede den Raum für eine Zukunft der diskursiven Aus-

einandersetzung mit der Vergangenheit. Denn im nächsten Atemzug sprach er sich dagegen aus, die Dinge zu vergessen, „die Menschen gerne vergessen möchten, weil das so bequem ist“. Und weiter: „Wir dürfen nicht vergessen die Nürnberger Gesetze, den Judenstern, den Synagogenbrand, den Abtransport von jüdischen Menschen in die Fremde, ins Unglück, in den Tod.“⁴

Mit dieser Mahnung war von staatspolitisch höchster Stelle ein Pfad des Erinnerns und Gedenkens vorgebahnt, den viele Deutsche noch lange nicht beschreiten mochten, der aber in eine Zukunft wies, die sich gegen Ende des ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik deutlicher abzuzeichnen begann.

Der erste Drehpunkt der Debatte: Von »Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?« (Adorno 1959) zu »Unser Auschwitz« (Walser 1965)

Eines von mehreren Stichworten, die man hier nennen könnte, gab Theodor Adorno im November 1959 auf einer sogenannten „Erzieherkonferenz“ der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit seinem bald berühmten Vortrag: „Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit?“ Adornos Antwort hatte es in sich: Nicht nur witterte er hinter der Parole von der „Aufarbeitung“ – der damals geläufigere, eigentlich noch sprechendere Begriff war jener der „Bewältigung“ – den Wunsch, von der Vergangenheit loszukommen, ja den berüchtigten „Schlusstrich“ zu ziehen. Mehr noch: Das darin sich ausdrückende falsche Bewusstsein erschien ihm gefährlicher als die Existenz rechtsradikaler Organisationen: „Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus *in* der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie.“⁵

Keine zwei Monate später, an Heiligabend 1959, beschmierten zwei junge Rechtsradikale die erst kurz zuvor wieder eingeweihte Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen. Der Skandal zerrte die – wie es bald vielfach hieß – *verdrängte* deutsche Vergangenheit ans Licht der internationalen Öffentlichkeit, wie das seit dem Nürnberger Prozess nicht mehr der Fall gewesen war. Der Sturm der Entrüstung, der nun buchstäblich um den Globus ging, brachte die Bundesregierung derart in Erklärungsnot, dass sich Adenauer im Fernsehen zu einer eindrucklichen, passagenweise sehr persönlichen Adresse an die Juden in Deutschland veranlasst sah. Nicht zuletzt war die Empörung ein Zeichen für jene, die darauf spekulierten, mit der anstehenden Verjährung von Totschlagsverbrechen fünf Monate später, am 8. Mai 1960, komme das Ende der strafrechtlichen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen überhaupt in Sicht. Dass dem nicht so sein würde, signalisierte kurz darauf auch die Entführung Adolf Eichmanns aus Argentinien und sein Prozess in Jerusalem 1961, der den Mord an den europäischen Juden sowohl in der Bundesrepublik als auch in Israel in bis dahin nicht gekannter Weise in den Blick der Deutungseliten rückte.

4 Theodor Heuss, Mut zur Liebe, in: ders., Die großen Reden, München 1967, S. 113-118.

5 Theodor W. Adorno, Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit, in: ders., Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt a.M., 1963, S. 125-146, hier S. 126, Hervorhebung im Original.

Die späten 50er und frühen 60er Jahre, das mögen diese knappen Hinweise verdeutlicht haben, waren ein Drehpunkt in der öffentlichen Debatte über die NS-Vergangenheit. Der Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963 bis 1965) bildete eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg der gesellschaftlichen Vergegenwärtigung dessen, was damals noch, ganz in der Sprache der Täter, die „Judenvernichtung“ genannt wurde. Und das Verfahren war Anlass für neue intellektuelle Reflexionen, bei denen nun zunehmend auch die um 1930 geborene Generation der Flakhelfer und jungen Frontsoldaten das Wort ergriff.

Martin Walser war einer davon. Sein Text über „Unser Auschwitz“ im ersten *Kursbuch*, das Hans Magnus Enzensberger im Frühjahr 1965 begründet hatte, zeigte die Richtung an, in die sich die neulinke junge Deutungselite bewegte: Schroff gegen die von ihr diagnostizierte biederemännliche Verlogenheit einer Vergangenheitsbewältigung, wie sie sich in der tatsächlich oft rührselig-selbstmitleidigen Rezeption des Tagebuchs der Anne Frank offenbarte, das ein paar Jahre zuvor, übrigens auch in der DDR, zu einem der meistinszenierten Bühnenstücke avanciert war. Für Walser, ähnlich wie für Peter Weiss, war auch die vergleichsweise breite Berichterstattung über den Auschwitz-Prozess in der bundesdeutschen Presse nur bürgerliche Pseudoaufklärung: Dort, so Walser, „sitzen nur noch Chargen auf der Bank. Handlanger, Henker, Verführte. Produkte eines heftigen deutschen Erziehungsaufwandes. Täter im altmodischsten Wortsinn.“ Besonders stieß sich Walser an der Tendenz, den Judenmord herauszulösen „aus den Bedingungen des Systems, aus unserer deutschen Geschichte von 1918 bis 1945. Und so lange löst man die Tat als ein persönliches Verbrechen heraus aus unserem nationalen Zusammenhang, bis nichts mehr übrig bleibt als die pure Brutalität.“⁶ Hannah Arendt hatte, zwei Jahre zuvor anlässlich des Eichmann-Prozesses, bekanntlich von der „Banalität des Bösen“ gesprochen.

Mitte der 60er Jahre, so wird man bilanzieren können, war die NS-Vergangenheit vorübergehend mit Macht zurück im öffentlichen Diskurs. Ein Indiz dafür war auch das Interesse der Studenten an den Lebensläufen ihrer Professoren und an deren Schriften aus der Nazizeit; entsprechende Ringvorlesungen in Tübingen, dann auch in München, Marburg und schließlich an der FU in Berlin waren die Folge. Ein weiteres Indiz war die aufgewühlte Debatte um die Notstandsgesetzgebung der Großen Koalition, in der Karl Dietrich Bracher, der liberale Weimar-Historiker, zusammen mit erklärten Linken warnte, mit Ausnahme- bzw. NS-Gesetzen (NS wie Notstand) sei schon einmal der „Tod der Demokratie“ beschlossen worden.

Ein drittes Indiz war die verhinderte Verjährung von NS-Mordverbrechen am 8. Mai 1965. Mittels einer Stichtagsänderung wurde die Frist damals bis 1969 und dann noch einmal für zehn Jahre hinausgeschoben, um 1979 schließlich mit dem Bundestagsbeschluss zur Unverjährbarkeit von Mord beendet zu werden. Zumal in der juristischen Literatur firmieren diese Debatten vielfach unter dem Rubrum „Sternstunden des Parlaments“; hätte ich jetzt die Zeit, darauf genauer einzugehen, bliebe von diesem pauschalen Lob wenig übrig.

6 Martin Walser, Unser Auschwitz, in: „Kursbuch“, 1/1965, S: 189-200, hier S. 194.

Und ich habe eben auch nicht ohne Grund von einer *vorübergehenden* Konjunktur der kritischen NS-Debatte Mitte der 60er Jahre gesprochen: Denn gegen Ende des Jahrzehnts fiel diese Konjunktur bereits wieder in sich zusammen. Die Empörung über die „unbewältigte Vergangenheit“, das politisch-moralische Skandalon der nahezu ungebrochenen Kontinuität der Funktionseleiten, hatte zwar zum Aufkommen der studentischen Protestbewegung maßgeblich beigetragen, auf dem Höhepunkt der Revolte aber veränderte sich die Stoßrichtung: Jetzt galt die Kritik der später sogenannten Achtundsechziger bestenfalls noch am Rande dem konkreten Nationalsozialismus und seinen Folgen; stattdessen galt der Kampf dem aktuellen „Faschismus nebenan“ in Griechenland, Portugal oder Spanien – und dem kapitalistischen Imperialismus in der damals sogenannten „Dritten Welt“.

In der ideologisch aufgeladenen Atmosphäre der folgenden Jahre – im vielzitierten „roten Jahrzehnt“ der Bundesrepublik, das allerdings auch eines des Terrors von rechts werden sollte – geriet die Debatte über die NS-Vergangenheit in den Hintergrund; Joachim Fests gefeierte Hitler-Biographie von 1973 bestätigte im Grunde nur, was vier Jahre zuvor bereits der Sensationserfolg der von ihm mehr verfassten als redigierten Erinnerungen Albert Speers angezeigt hatte: Nämlich dass es jenseits des kritischen Blicks der Jüngeren ein Nostalgiebedürfnis der Zeitgenossen der NS-Zeit gab, das seit Mitte des Jahrzehnts in den bunten Bilderheften der sogenannten Hitler-Welle seinen Ausdruck fand. Die zünftige Zeitgeschichtsforschung, verhakt in einen zusehends unproduktiv gewordenen Streit zwischen Intentionalisten und Funktionalisten, richtete gegen derlei Verharmlosungen einstweilen wenig aus.

1979: Die TV-Serie »Holocaust« als »schwarzer Freitag« der akademischen Geschichtswissenschaft – und der Aufmarsch der Revisionisten

Ihren „schwarzen Freitag“ erlebte die Geschichtswissenschaft dann, wie der *Spiegel* nicht zu Unrecht meinte, im Januar 1979. Die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ über die dritten Programme der ARD – die Oberen des Bayerischen Rundfunks hatten eine Sendung im Hauptprogramm verhindert – wurde zu einer Zäsur, nicht allein im deutschen Diskurs über den Genozid an den Juden, der damit schlagartig auf einen weltweit verstandenen Begriff gebracht war.

„Holocaust“ markierte einen erneuten Wendepunkt in der Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ und seinen Folgen: für die akademische Forschung, für die intellektuellen Deutungseliten, aber auch für das breite Publikum. Wohl nie zuvor war die Aufmerksamkeit der nichtjüdischen Deutschen für die Geschichte der Verfolgung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden größer gewesen, und erst jetzt stieg der Holocaust in der öffentlichen Wahrnehmung zum Zentralereignis der NS-Zeit auf. Er hatte bis dahin sogar in den seriösen historischen Gesamtdarstellungen über die Jahre 1933-45 nur einen Randplatz eingenommen, in Brachers „Deutscher Diktatur“ zum Beispiel ganze zwölf von fast 600 Seiten.

Zu jenen in den deutschen Deutungseliten, die die historisch-politische Tragweite des Fernsehereignisses „Holocaust“ sofort begriffen, gehörten Armin Mohler und Ernst Nolte: Rund zwanzig Millionen Zuschauer, etwa die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik, hatten die Serie gesehen. Das konnte nicht ohne Auswirkungen bleiben auf den künftigen Umgang mit der Vergangenheit, der mindestens Mohler seit langem plagte. Seine Verachtung für die „Vergangenheitsbewältiger“ schwelte seit Jahrzehnten; er hatte daraus nie einen Hehl gemacht, 1968 dazu ein kleines Buch geschrieben und in *Criticón*, der Zeitschrift seines neurechten Gesinnungsgenossen Caspar von Schrenck-Notzing, immer wieder zu dem Thema publiziert. (Wobei noch zu klären bleibt, ob Mohlers „Förderung“ dieses Organs auch bedeutete, dass dafür Gelder der Siemens-Stiftung flossen.) Aus dem Programm der Stiftung hingegen hatte Mohler die Auseinandersetzung mit der ihm – so sein neurechter Hagiograph Karlheinz Weißmann – „verhassten Vergangenheitsbewältigung“ bis dahin tunlichst herausgehalten.

Nach „Holocaust“ gab es jedoch kein Halten mehr: Schon im Oktober 1979 startete Mohler in diesem Haus eine achteilige Vortragsreihe unter dem Titel „Die deutsche Neurose“. Klar, dass damit kein klinischer, sondern jener historische Schuldkomplex gemeint war, dessen angebliche Förderer Mohler so sehr verabscheute.

Den Eröffnungsabend bestritt der um keine Sottise verlegene Starpublizist Johannes Gross, ein eleganter Konservativer. Doch schon am nächsten und übernächsten Tag – die Reihe kam als eine Art Blockseminar daher – traten mit Hans-Joachim Arndt und Robert Hepp zwei harte Neue Rechte auf, die zwei Jahre später dann zusammen mit Mohler, dem Historiker Hellmut Diwald, dem Politologen Bernhard Willms und dem Republikaner-Chef Franz Schönhuber einen kurzlebigen „Deutschlandrat“ bildeten. Der Titel des Vortrags von Arndt, „Die Befreiten als Besiegte. Deutsche Identität nach zwei Weltkriegen“, fasste den Geist der Reihe ganz gut zusammen, in der an den nächsten Abenden neben Diwald noch der Soziologe Wilfried Schlau, der Sozialpsychologe Peter R. Hofstätter, der Staatsrechtler Dieter Blumenwitz und der weit nach rechts gewanderte protestantische Theologe Helmut Thielicke auftraten. Eine derart geballte Runde, die Mohlers vergangenheitspolitische Idiosynkrasien mehr oder weniger teilte, hat es, wenn ich nichts übersehen habe, nie zuvor und nie mehr danach ins offizielle Programm dieser Stiftung geschafft.

Im Sinne unseres Themas noch folgenreicher allerdings war der Abend, zu dem Mohler ein paar Monate später Ernst Nolte nach München holte. „Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980“ lautete der Titel von Noltens Vortrag in der Reihe „Zeitkritik außerhalb der Geleise“. Wenn Sie mir gestatten, Mohlers schiefen Reihentitel ein wenig zu ironisieren: Es war der Moment, in dem der anerkannte Faschismusforscher Nolte zu entgleisen begann.

Wie sein Gastgeber, war der Berliner Historiker über den Erfolg der Serie „Holocaust“ und die seitdem nicht mehr abreißende öffentliche Debatte über den nationalsozialistischen Judenmord zutiefst beunruhigt. Wo aus Noltens Sicht jahrzehntelang alles seinen ruhigen Erkenntnisgang genommen hatte

und die NS-Zeit auf dem besten Weg schien, als ein Kapitel des „Faschismus in seiner Epoche“ – das war der Titel seiner Habilitationsschrift von 1963 – historisch-politisch ad acta gelegt zu werden, da brach sich plötzlich „Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches“ Bahn.

Die 1980er Jahre: Der entgleiste Ernst Nolte und der Historikerstreit

Exakt so lautet denn auch die Überschrift, unter der die FAZ Noltes Vortrag im Sommer 1980 druckte. Es war, verpackt in aufwendige Vergleichshuberei und garniert mit den für ihn typischen obskuren Lesefrüchten, nichts anderes als der Versuch einer historiographischen Revision. Gewiss, so konstatierte Nolte, die „Gewalttaten des Dritten Reiches sind singulär“ und der „innerste Kern“ seines „negativen Bildes“ „ist weder revisionsbedürftig noch revisionsfähig“. Aber das war nichts weiter als eine salvatorische Klausel vor einem Publikum, in dem er, wie ihm Mohler auf Nachfrage versichert hatte, weder „Chaoten“ noch „Spontis“ noch „ähnliches Volk“ zu gewärtigen hatte. Am Ende eines abenteuerlichen Zickzackritts durch die neuere Weltgeschichte, von Napoleon III. über Pol Pot in Kambodscha zurück zu den Frühsozialisten und schließlich zum Terror des Stalinismus kam Nolte zu seinem politisch vorbestimmten Ergebnis: „Auschwitz resultierte nicht in erster Linie aus dem überlieferten Antisemitismus und war im Kern nicht ein bloßer Völkermord, sondern es handelte sich vor allem um die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der russischen Revolution. Diese Kopie war um vieles irrationaler als das frühere Original, und es fällt schwer, ihr auch nur ein pervertiertes Ethos zuzugestehen. Sie war entsetzlicher als das Original, weil sie die Menschenvernichtung auf eine quasi industrielle Weise betrieb. Das begründet zwar Singularität, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die sogenannte Judenvernichtung des Dritten Reiches eine Reaktion oder verzerrte Kopie und nicht ein erster Akt oder das Original war.“

Aus dieser Einsicht, so Nolte, seien drei Postulate abzuleiten: 1. dürfe das „Dritte Reich“ künftig nicht mehr isoliert, sondern müsse im Kontext einer krisenhaften Moderne und der kommunistischen Befreiungsbewegungen der Gegenwart betrachtet werden; 2. sei seine Instrumentalisierung zum Zwecke der Kritik der Bundesrepublik oder des kapitalistischen Systems zu beenden und 3. könne seine „Dämonisierung“ nicht länger akzeptiert werden.⁷

Zwar fehlte in diesem Text noch der später berühmt-berüchtigte „kausale Nexus“ zwischen dem Archipel GULag und Hitlers „asiatischer‘ Tat“ – beides lieferte Nolte, wiederum in der FAZ, im Frühsommer 1986 nach: unter der fast sprichwörtlich gewordenen Überschrift „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. Doch die Ingredienzen für den daraufhin von Jürgen Habermas entfachten „Historikerstreit“ waren faktisch alle bereits im Sommer

7 Ernst Nolte, Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches. Eine Frage aus dem Blickwinkel des Jahres 1980, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 24.7.1980; längere Fassung in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 13-35; dort passim auch die folgenden Zitate.

1980 beisammen. Und offensichtlich sprach sich damals in einschlägigen Kreisen rasch herum, dass Nolte in München einen trefflichen Impuls zur Revision beziehungsweise, um mit Habermas zu sprechen, zur „Entsorgung“ der Vergangenheit vorgelegt hatte: Unter denen, die bei der Stiftung um ein Exemplar des Vortrags baten, war jedenfalls auch SS-Brigadeführer Werner Naumann, Anfang Mai 1945 Goebbels' Kurzzeitzachfolger als Reichspropagandaminister und 1953 Hauptmatador der von den Briten ausgehobenen Gauleiter-Verschwörung mit dem Ziel einer nationalsozialistischen Übernahme der nordrhein-westfälischen FDP.

Habermas hatte freilich nicht nur Nolte im Blick, als er im Juli 1986 in Bezug auf die NS-Zeit „Eine Art Schadensabwicklung“ im Gange sah, die es – im Sinne der unter den Jüngeren bereits im Entstehen begriffenen „post-konventionellen Identität“ der Bundesrepublik – zu verhindern gelte. Tatsächlich war die erste Hälfte der 80er, marktgängig forciert von dem preußenbegeisterten Berliner Verleger Wolf Jobst Siedler, durch einen steilen Aufwuchs neohistoristischer Deutungsangebote gekennzeichnet, und in der Auseinandersetzung damit löste die Geschichtswissenschaft dann zusehends auch die Soziologie als öffentliche Leitwissenschaft ab.

Einer der medial präsentesten geschichtspolitischen Protagonisten der damals schon seit Jahren propagierten konservativen Tendenzwende, zeitweise auch Einflüsterer des neuen Kanzlers Helmut Kohl, war der Erlanger Historiker Michael Stürmer. Seine kulturpessimistische Klage über ein angeblich „geschichtsloses Land“ zielte auf Sinnstiftung via Historie. Denn die Zukunft gewinne nur, so Stürmer, „wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“. Bei alledem ging es natürlich darum, der berüchtigten „zwölf Jahre“ Herr zu werden, die, in den Worten des Althistorikers Christian Meier, „zwischen uns und unserer Geschichte liegen“. Es ging darum, die NS-Zeit einzuordnen oder einzubetten, und das meinte letztlich: zu überwinden. Das war, im Januar 1983, jedenfalls für einen Teil der Teilnehmer, auch bereits das unausgesprochene Ziel einer internationalen Konferenz zum 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme im Berliner Reichstagsgebäude gewesen. Wenn dort verdiente Zeit-historiker der ersten Generation von einer „Bilanz der Forschung“ sprachen, dann nicht selten im Sinne einer Abschlussbilanz. Meine Generation dagegen – und ich bitte diesen Moment des Zeitzeugenhaften zu entschuldigen – hatte damals das Gefühl: wir fangen gerade erst an.

Faktisch wurde die zweite Hälfte der 80er, befeuert durch den „Historikerstreit“ und am Ende gegen die Befürchtungen der Habermas-Fraktion, zum Auftakt einer langen Phase der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und schließlich auch der Beginn der zuvor sträflich vernachlässigten empirischen Holocaust-Forschung. Neue Ansätze wie die Alltagsgeschichte attrahierten ein wachsendes Publikum, viele aus der 68er-Generation engagierten sich in der Geschichtswerkstätten-Bewegung, und auch wenn der Begriff der Deutungseliten in diesem Kontext nicht leicht über die Lippen geht: Die vielgesehenen Produktionen von Guido Knopp im ZDF, der sich seit Anfang der 90er Jahre ganz auf die Hitler-Zeit konzentrierte, tru-

gen über mehr als zwei Dekaden zweifellos zur Verbreitung von Faktenwissen bei, wenn auch eher nicht zur Stärkung der historisch-politischen Urteilkraft.

Im Zeichen des wachsenden Holocaust-Bewusstseins: Weizsäcker zum 8. Mai 1985

Zu den Meilensteinen auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung dessen, was bald mit dem Begriff „Erinnerungskultur“ belegt werden sollte, gehörte fraglos die Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985. Für die historisch Interessierten und für jeden, der mit dem Gang der Forschung ein wenig vertraut war, sagte Weizsäcker im Bundestag nichts Neues. Aber dass es eben der Bundespräsident war, der dem Vergessenwollen widersprach, der die Erinnerung an den Holocaust in den Mittelpunkt rückte und dafür nichts weniger als „Erlösung“ in Aussicht stellte – das war ein Grund zum Aufatmen, jedenfalls für eine an Kanzler Kohl und dessen geschichtspolitischen Fehlritten leidende linksliberale Öffentlichkeit. Genauer gesagt: Die Wirkung der Weizsäcker-Rede verdankte sich zu einem guten Teil der unmittelbar zuvor als Bitburg-Skandal in die Annalen eingegangenen Ehrenbezeugung von US-Präsident Reagan gegenüber den Gefallenen der Wehrmacht, die Kanzler Kohl gegen alle Ratschläge über den Gräbern auch von Angehörigen der Waffen-SS erzwungen hatte. Ähnliches hatte übrigens 34 Jahre zuvor Konrad Adenauer auf Druck seiner Wehrmachtsgeneräle auf dem Frankfurter Flughafen von Dwight D. Eisenhower verlangt, dem späteren Präsidenten und damaligen Nato-Oberkommandierenden in Europa.

Dass Weizsäcker – wie zehn Jahre vor ihm allerdings auch schon Bundespräsident Scheel – den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ apostrophierte und damit das von außen herbeigeführte Ende des Nationalsozialismus höher gewichtete als das Ende des Deutschen Reiches, das war für Teile seines eigenen politischen Lagers und zumal für harte Rechte ein im Grunde inakzeptables Faktum. Insofern war die normative Bedeutung seiner Rede auch vier Jahrzehnte nach Kriegsende keine demokratiepolitische Kleinigkeit, obgleich der große Zuspruch, den er im Innern und fast mehr noch im Ausland fand, dies so nicht mehr unbedingt erkennen ließ.

Doch das gehört eben auch zur Ära des wachsenden Holocaust-Bewusstseins in der Bundesrepublik: Seit Ende der 70er Jahre nahmen die Aktivitäten der rechten Geschichtsrevisionisten deutlich zu. Was seit den späten 50ern mit der Bezweiflung der Existenz von Gaskammern begann – zunächst vor allem durch einen ins Deutsche übersetzten ehemaligen französischen Buchenwald-Häftling –, das nahm nun als Holocaust-Leugnung Fahrt auf. Armin Mohler interessierte sich nicht nur insgeheim für diese Literatur. Als ich bei der Recherche zu einem der widerwärtigsten Machwerke dieser sogenannten Revisionisten herausfand, dass Mohler das 1979 erschienene Buch „Der Auschwitz-Mythos“ des ehemaligen Finanzrichters Wilhelm Stäglich für beachtenswert hielt, stellte ich ihn während eines Mitarbeitergesprächs

im Institut für Zeitgeschichte zur Rede – und durfte beobachten, wie er es in diesem Kreis dann doch vorzog, auf die Thesen des Holocaust-Leugners halbwegs ausweichend zu reagieren.

Sein Hagiograph Weißmann bestätigt übrigens Mohlers Sympathie für die Revisionisten und zitiert seinen Meister mit der Behauptung, das „Dogma der ‚Einzigartigkeit‘“ habe längst dazu geführt, „dass gar keine Forschung mehr erlaubt ist, deren Ergebnisse mit jenem Dogma nicht vereinbar wäre“. Allerdings, so Weißmann, sei Mohler trotz seiner angeblichen Radikalisierung im Alter lediglich „bis an die Grenze ‚negationistischer‘ Thesen gegangen“, weil „seine eigenen Erfahrungen im nationalsozialistischen Deutschland keinen Zweifel daran erlaubten, dass es Massenverbrechen gegeben hatte“. ⁸ Nur eben vorhalten hätten sich die Deutschen diese Verbrechen nicht lassen dürfen: Das war Mohlers Mantra, und dafür stand das Cover seines im Epochenjahr 1989 erschienenen Buchs „Der Nasenring“. Es zeigte den Kopf eines Wisents mit einem durch die Nüstern gezogenen Hakenkreuz-Amulett, geführt von einer anonymen Hand, und es war so etwas wie die Summe seines jahrzehntelangen Feldzugs gegen den verachteten, wie er es nannte, „Bewältigungsbetrieb“.

An dessen Erfolg aber war, als dann die deutsche Einheit kam, nicht mehr zu deuteln; angesichts der neuen Herausforderungen im Umgang mit der DDR-Vergangenheit ging das Interesse an der NS-Vergangenheit keineswegs zurück, im Gegenteil. Vielleicht muss man die nun einsetzende Ostwanderung etlicher Protagonisten des altbundesrepublikanischen Rechtskonservatismus und Rechtsradikalismus – von Gauland über Höcke bis Kubitschek – auch so verstehen: Als Aufbruch in ein erinnerungspolitisch vermeintlich unberührtes Territorium, auf dem man in Missionierungskonkurrenz mit den liberalen westdeutschen Deutungseliten seine Saat noch einmal neu ausbringen könnte, die in den alten Bundesländer nie richtig und zuletzt immer weniger aufgegangen war. Doch das ist, um im Bild zu bleiben, ein weites Feld, das ich hier nicht mehr beackern kann.

Wir sind in den 90er Jahren angekommen, einer Phase gegenüber dem Jahrzehnt seit „Holocaust“ nochmals gesteigerter, weiterhin freilich immer auch ambivalenter gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ und des Holocaust. Nur wenige Stichworte genügen, um dies zu verdeutlichen:

1994, nach langem bürgerschaftlichen Engagement, die Ausschreibung des Architektenwettbewerbs für das Berliner Holocaust-Denkmal und der Welterfolg des Spielberg-Films „Schindlers Liste“;

1995, ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende, ein internationales Gedenken im Überschwang des Endes auch des Kalten Krieges und der demokratischen Öffnung Osteuropas, aber auch das Jahr der Klemperer-Tagebücher und der Eröffnung der heftig umstrittenen Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht;

1996 dann die Debatte über das Goldhagen-Buch;

8 Karlheinz Weißmann, Armin Mohler. Eine politische Biographie, Schnellroda 2011, S. 220.

1998 die Walser-Bubis-Kontroverse und die Washingtoner Erklärung zum Umgang mit NS-Raubkunst;

im Jahr 2000 das Stockholm International Forum on the Holocaust und die bundesdeutsche Zwangsarbeiter-Entschädigung;

2004 Hitlers „Untergang“ als Filmdrama nach Joachim Fest;

2005 erneutes Kriegsende-Gedenken und Eröffnung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin.

Die AfD und die Revitalisierung des Geschichtsrevisionismus

An diese hier nicht mehr näher zu erläuternde Phase einer – in vieler Hinsicht geradezu globalen – Hochpräsenz der Vergangenheit schloss sich in Deutschland etwa ein Jahrzehnt einer weitgehenden konsensuellen, sich damit freilich auch weiter ritualisierenden Erinnerungspolitik an. Die alten Kämpfe, so schien es, waren ziemlich ausgekämpft – bis dann die AfD in der andauernden Befassung mit der NS-Vergangenheit eine besonders verabscheuungswürdige Form der angeblichen deutschen Selbsterniedrigung erkannte. Vor allem ihr Thüringer Landesvorsitzender Björn Höcke, selbst ehemaliger Geschichtslehrer, nahm sich in seiner Agitation gegen den „liberalen Mainstream“ der geschichtspolitischen Deutungseliten an. 2017 forderte er unter dem Applaus seiner Anhänger eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, und 2018 kam sein Parteichef Gauland auf einen Gedanken zurück, der ihn seit seinen Zeiten als graue Eminenz der Frankfurter CDU verfolgte: nämlich dass die glorreiche deutsche Geschichte nicht länger durch den „Vogelschiss“ des Nationalsozialismus als befleckt betrachtet werden dürfe.

Inzwischen kommen, wie Sie wissen, anders gelagerte Attacken von links hinzu. Im Zeichen des Postkolonialismus und einer natürlich nicht grundlos schärfer gewordenen Kritik an Israel sieht sich, wer für die Bewahrung der Erinnerung an den Holocaust eintritt, dem Vorwurf ausgesetzt, die Wahrnehmung und Anerkennung anderer historischer Verbrechen verhindern zu wollen. Gar von einer Hohepriesterherrschaft ist die Rede, und gemeint sind damit jene linksliberalen Deutungseliten, die, in einem jahrzehntelangen Lern- und Aushandlungsprozess, die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die Erinnerung an seine Opfer zu einem Bestandteil der politisch-kulturellen Identität dieses Landes gemacht haben.

Vor 43 Jahren, als ich diese Stiftung kennenlernte, weil mein damaliger Chef, Martin Broszat, als Mentor des Abends mit Ernst Nolte fungierte und ich deshalb mit ein paar Kollegen aus dem Institut für Zeitgeschichte eingeladen war, hätte dieser Vortrag hier schwerlich gehalten werden können – und zwar nicht nur, weil viele Forschungen noch fehlten, die ihm zugrunde liegen. Er hätte auch nicht gehalten werden können, weil ein frischpromovierter junger Zeithistoriker aus der Sicht der Leitung dieses Hauses nicht der rechte Redner gewesen wäre. Und er hätte nicht gehalten werden können, weil es dem damaligen Publikum, wiewohl Teil der Deutungseliten, kaum gefallen hätte, selbst Gegenstand der zeithistorischen Betrachtung zu sein.